

Bierstädter Zeitung

Anzeiger für das blaue Vändchen

Amtsblatt

Anzeiger für das blaue Vändchen.

Erscheint 3 mal wöchentlich

Dienstags, Donnerstags und Samstags.
Bezugspreis monatlich 2.— Mk., durch die
Post vierteljährlich 6.— Mk. und Bestellgeld.

Umfassend die Ortschaften:

Auringen, Bierstadt, Breckenheim, Dellenheim, Diedenbergen,
Erbenheim, Hefloch, Kloppenheim, Massenheim, Medenbach,
Naurod, Nordenstadt, Rambach, Sonnenberg, Wallau, Wildsachsen.

Der Anzeigenpreis beträgt: für die kleinspaltige
Petitzelle oder deren Raum 50 Pfg. Reklamen
und Anzeigen im amtlichen Teil werden pro
Zeile mit 1,50 Mk. berechnet. Eingetragen
— in der Postzeitungsliste unter 1110 a. —

Redaktion und Geschäftsstelle: Bierstadt, Ecke Moritz- und Röderstraße. Fernruf 2027. Redaktion, Druck und Verlag: Heinrich Schulze, Bierstadt.

Nr. 138.

Donnerstag den 25. November 1920.

20. Jahrgang.

Chronik des Tages.

Was jedermann wissen muß

Nach einer Meldung eines Berliner Mittagsblattes hat die interalliierte Luftüberwachungskommission gegen die Ausfuhr deutscher Verkehrsflugzeuge nach Amerika Einspruch erhoben.

Der ehemalige Kronprinz bestreitet, jemals bewußt oder unbewußt an einer Kapitalverschiebung aus Deutschland nach dem Auslande beteiligt gewesen zu sein.

In dem Bestinden der ehemaligen deutschen Kaiserin ist eine Verschlimmerung eingetreten.

Bei dem Eisenbahnunglück bei Marienburg wurden bisher 11 Tote und 35 Schwerverletzte festgestellt.

Die Reichsmacht setzt ihre Aufwärtsbewegung fort. Am Dienstag hat sie 7 1/2 Pfennig ihres Friedenswertes erreicht.

In London ist der Internationale Gewerkschaftskongress zusammengetreten, zu dem von deutscher Seite 12 Vertreter entsandt worden sind.

Der Straßenkampf in der türkischen Hauptstadt dauert an. Im Dubliner Hafen stehen zahlreiche Docks und Kohlenlager in Flammen.

Neue Bedrohung der deutschen Luftfahrt.

Die Entente-Kommission verhindert die Ausfuhr nach Amerika.

Noch ist unsere Luftschiffahrt durch die Forderung der Ablieferung der beiden Zeppelinluftschiffe „Hodensee“ und „Nordstern“ seitens der Entente schwer gefährdet, da droht von derselben Seite schon wieder eine neue Gefahr. Im Hamburger Hafen liegen zurzeit elf neue Junkers-Metallflugzeuge zur Verschickung bereit, die von Amerika bestellt worden sind. Die interalliierte Luftüberwachungskommission hat nun gegen die Ausfuhr dieser Flugzeuge Einspruch erhoben, so daß ihre Verschickung bis zur Stunde noch nicht erfolgt ist. Darüber hinaus scheint die Entente die Absicht zu haben, die Flugzeuge, sobald sie die Hand darauf gelegt hat, unter sich zu verteilen.

Diese Maßnahme der interalliierten Luftüberwachungskommission ist ein neues Glied in der Kette der Schikanen gegen die deutsche Flugzeugindustrie. Der Einspruch der Entente stützt sich, wie immer, so auch in diesem Falle, auf das im Friedensvertrag vorgesehene Verbot von Luftfahrzeugen, wonach und der Bau von Flugzeugen auf eine Frist von sechs Monaten nach Abschluß des Friedens untersagt ist. Diese Sperre ist nach Ansicht der deutschen Regierung bereits am 10. Juli ds. J. abgelaufen, so daß uns rechtlich seit diesem Zeitpunkt keinerlei Beschränkungen im Flugzeugbau auferlegt sind. Im Widerspruch mit diesen unzweideutigen Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages haben die Alliierten eine Verlängerung des Bauverbots verfügt mit der Begründung, daß wir mit der vertragsmäßigen Ablieferung des Kriegsflugmaterials im Rückstande geblieben wären. Die deutsche Regierung hat sofort gegen das Ausfuhrverbot Einspruch erhoben. Verhandlungen darüber sind angeblich bereits im Gange.

Dem Zwischenfall ist aber noch eine für unsere Industrie und Volkswirtschaft ungemein wichtige Bedeutung beizumessen. Zweifellos haben die Leistungen der deutschen Flugzeugindustrie den Reiz der ausländischen Konkurrenz in höchstem Maße erregt. Die Junkersmetallflugzeuge nämlich haben wegen ihrer besonderen Leistungsfähigkeit in Amerika großen Anklang gefunden, so daß der deutschen Flugzeugindustrie von amerikanischen Firmen umfangreiche Bestellungen überwiesen wurden. Wenn das Ausfuhrverbot der Entente zu recht bestehen bleiben würde, so wäre die deutsche Flugzeugindustrie, die sich zurzeit vornehmlich mit der Herstellung von Friedensverkehrsflugzeugen befaßt, mit einem Schlag lahmgelegt. Die Flugzeugindustrie der Entente könnte über ihren billigen erlangenen Sieg triumphieren, dies umso mehr, als in infolge der Beschlagnahme der deutschen Flugzeuge ohne weiteres in der Lage ist, die fertigen Produkte nachzumachen und mit allen Neuerungen und Verbesserungen der deutschen Technik mühelos nachzumachen.

Ganz ähnlich verhält es sich mit dem Raub der Zeppelinluftschiffe. Die beiden von der Entente beschlagnahmten Verkehrsluftschiffe „Hodensee“ und „Nordstern“ erscheinen, wie der bekannte Mitarbeiter des Grafen Zeppelin, Dr. Edder, einem Mitarbeiter des „Schwabischen Merkur“ gegenüber ausführte, besonders begehrt, weil sie die bisher höchste Vollendung des deutschen Luftschiffbaues verkörpern.

Der noch immer und noch auf lange Zeit hinaus rückständigen ausländischen Luftschiffbaukunst soll damit auf die Beine geholfen werden, weil die Eroberung des Weltmarktes in Frage steht.

Noch von größerer Bedeutung als die Wegnahme der beiden Verkehrsluftschiffe hält Dr. Edder die zweite Forderung der Entente, wonach für weitere zerstörte Marine- und Handelsluftschiffe eine Entschädigung in bar oder in Ersatzbauten verlangt wird. Diese Forderung gibt dem ausländischen Luftschiffbau die Möglichkeit, weiterhin für unabsehbare Zeit mit den Fortschritten des deutschen Luftschiffbaues in allerengster Fühlung zu bleiben.

Angesichts dieser Gefahr verlangt Dr. Edder von der Reichsregierung den Schutz des heimischen Luftschiffbaues vor der dauernden Ausplünderung seiner Ideen und Konstruktionen. Die Reichsregierung müsse schnell und entschieden klare Verhältnisse schaffen und die Entente durch eine angemessene Abfindung befriedigen.

Die Millionenverschiebungen.

— Berlin, 22. November.

Die sozialdemokratische Interpellation im Reichstage.

In der heutigen Sitzung des Reichstages wurde zunächst die Vorlage über Oberschlesien einem Ausschuss überwiesen. Als nächster Gegenstand steht auf der Tagesordnung eine sozialdemokratische Interpellation, die von der Regierung Auskunft verlangt darüber, ob mit Hilfe des Bankhauses Grusser Kapitalverschiebungen nach dem Auslande stattgefunden haben und daß dabei Mitglieder adliger und fürstlicher Häuser, auch des Hauses Hohenzollern, beteiligt sind.

Der ehemalige Reichszentraler Abg. Müller-Frank (Soz.) begründet die Interpellation. Er weist auf die trostlose Lage unserer Finanzen hin und geht dann näher auf den Fall Grusser ein. Der Personenkreis erstreckt sich über Berlin hinaus auch nach Hamburg und Hannover. Eine ganze Reihe von Angehörigen des Hochadels ist dabei beteiligt. U. a. werden genannt der Graf Peter Radolin, die Gräfin Wanda von Wilsch-Bahlsatt sowie ein Fürst von Schönbrunn. Nach Presseäußerungen sollen dann auch Mitglieder des Hauses Hohenzollern zu den Kunden Grussers gehören. Die Kronprinzessin Cecilie soll beim Bankier Grusser ein- und ausgegangen sein. Nicht beteiligt ist der Prinz Leopold von Preußen Vater. Gegen ihn bestehen aber schon Erhebungen des preussischen Ministeriums, weil er Silber und Effekten in großen Massen nach der Schweiz verschoben haben soll. Zuruf des Abg. Gräse: Der rote Prinz! Uns ist nicht bekannt, daß der Prinz jemals einen Annäherungsversuch an die sozialdemokratische Partei Deutschlands gemacht hat. Wir verlangen, daß nicht nur schlenkig, sondern auch rücksichtslos eingegriffen wird. Der früheren Regierung ist kein Fall der Verschlebung bekannt geworden.

Finanzminister Dr. Wirth: Sofort nach Bekanntwerden der Kapitalverschiebungen hat die Staatsanwaltschaft auf Veranlassung des Finanzministeriums sämtliche Geschäftsbücher der Berliner Filiale des Bankhauses Grusser sowie die Guthaben bei inländischen Banken beschlagnahmt. Ueber die zahlreichen beteiligten Personen können zurzeit bestimmte Angaben noch nicht gemacht werden. Wichtig ist, daß unter den Inhabern von Konten auch die Namen adliger und fürstlicher Häuser, darunter auch einiger Mitglieder des Hauses Hohenzollern festgestellt sind. (Beifall: Hört! Hört!) Inwiefern sie sich strafbar gemacht haben, wird der Ausgang des Verfahrens ergeben. In das Ermittlungsverfahren einzugreifen, muß ich ablehnen. Die Finanzämter, die nach dem Steuerfluchtgesetz zur Verschlagnahme eines erheblichen Vermögens teilens ermächtigt sind, wenn ein Steuerpflichtiger in dem Verdacht steht, dem Fiskus Vermögenswerte zu entziehen, haben die Vollstreckung der Maßnahmen gemeldet. Die Zahl der Beschuldigten ist weit größer als 100. Der Name eines bekannten Generals ist in den Akten des Bankhauses Grusser nicht gefunden worden.

Hierauf wird in die Besprechung der Interpellation eingetreten. Abg. Tübingen (Dnat.) erklärt namens seiner Fraktion, daß sie die amtlichen Maßnahmen der Regierung durchaus billige. Soweit Schuldige überführt werden, verlange er ihre energische Bestrafung. Die Behauptung des „Vorwärts“, daß die Frau Kronprinzessin in dem Bankhause ein- und ausgegangen sei und in der Familie verkehrt habe, ist der reine Schwindel. Die einzige Tatsache scheint das Konto zu sein. Es handelt sich hier um eine systematische Hebe gegen die Hohenzollern.

Abg. Burckhardt (Ztr.): Die Regierung hat eine klare Antwort gegeben, wie wir sie erwartet haben. Es muß festgestellt werden, daß bereits seit drei Jahren die Presseäußerungen der äußersten Rechten dazu ansetzten, unsere Steuermoral zu veräffeln.

(Sehr lebhaft) ungeduldig mit der Wirtelstand bei der Besteuerung aufgebracht. Dabei schont gerade das Reichsnotopfer den Mittelstand in weitgehender Weise.

Abg. Dr. Kahl (D. Sp.): Ich habe zu erklären, daß meine Partei nichts deden wird, von wem es auch begangen worden ist. Die Majestät des Reiches steht höher als jede andere Majestät. Wir beklagen es, daß seitens der Parlamente immer wieder ein Eingreifen in schwebende Strafsachen versucht wird. Die Kulturstaaten des Hauses Hohenzollern können nicht dadurch verdunkelt werden, daß etwa ein Nachgeborener, den Sie (zur Linken) gewaltig seiner Rechte beraubt haben, etwas getan hat, was abgelehnt werden muß. Die Interpellation ist nur ein politisches Agitationsmittel.

Reichsfinanzminister Dr. Wirth: Ich bin Herrn Professor Dr. Kahl dankbar dafür, daß er das ethisch-nationale Moment betont hat. Aber wenn man sich die Liste durchliest, wird man mit Schamröte erfüllt, daß derartige Kreise unseres Vaterlandes sich solcher Geschäftsleute bedienen. (Große Unruhe rechts.)

Nach einem Angriff des Rechtsunabhängigen Buchta lehnt auch der Demokrat Dietrich-Baden jeden Eingriff in das schwebende Verfahren ab.

Es folgt dann eine längere Auseinandersetzung zwischen Scheidemann (Soz.) und Graf Westarp (Dnat.), wobei der letztere den Mehrheitssozialisten vorwirft, daß sie mit ihrer Interpellation lediglich parteipolitisch-agitatorischen Zweck verfolgen.

Die Sitzung verliert sich schließlich in einen größeren Tumult. Auf Graf Westarp, der die Linke zu größtem Lärm aufgeschauelt hat, antwortet der Rechtsunabhängige Dr. Breitfeld, bei dessen Worten der Lärm und Ladau immer größer wird. Schließlich wird die Besprechung geschlossen und das Haus vertagt sich auf Dienstag.

— Berlin, 23. November 1920.

Kleine Anfragen und Anträge.

Nach dem stürmischen Verlauf der gestrigen Sitzung herrscht heute im Walltothaus tiefste Ruhe. Gleichsam um die aufgeregten Gemüter zu beruhigen, hat der Präsident auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung nur „ungefährliche“ kleine Anfragen und Anträge gesetzt.

Zunächst erkundigt sich der ehemalige Vorsitzende der deutschen Friedensdelegation in Paris, Freiherr v. Versmer (Dnat.), nach dem Los der deutschen Kriegsgefangenen, die zwei Jahre nach Abschluß des Waffenstillstandes immer noch in Abignon zurückgehalten werden.

Reichskommissar Stüben teilt mit, daß die deutsche Regierung mehrere Noten in dieser Angelegenheit an die Entente gerichtet habe. Auch an mündlichen Vorstellungen hat sie es nicht fehlen lassen. Frankreich verzichtet jedoch nicht auf sein Recht aus dem Friedensvertrage. Zur Vinderung der Not der Gefangenen wird Geld und Genußmittel nach Frankreich geschickt.

Auf eine Anfrage des Abg. Kunert (L. Soz. rechts) antwortet die Regierung, daß das Gesetz zur beschleunigten Erhebung des Reichsnotopfers Minderungen für die Auslandsdeutschen vorsieht.

Eine Interpellation sämtlicher Frauen des Reichstages auf Vorlegung eines Jugendwohlfahrtsgesetzes soll im Dezember beantwortet werden, eine deutsch-nationale Interpellation über die russischen Kriegsgefangenen in der geschäftsordnungsmäßigen Frist.

Anträge auf gerichtliche Verfolgung der Abg. Jenmann (Ztr.), Wille (Dnat.), Lübbring (Soz.) und Kempkes (D. Sp.) werden abgelehnt.

Das Abänderungsgesetz zur Befoldungsordnung, die Ausführungsbestimmungen und das Gesetz zur Sicherung der einheitlichen Regelung der Beamtenbefoldung gehen ohne Aussprache an den Haushaltsausschuß, die Vorlage über den Erlaß von Übergangsverordnungen an den neu gebildeten Rechtsausschuß.

Die Entwürfe zur schärferen Bekämpfung des Schleichhandels gingen gleichfalls an den Rechtsausschuß.

Mittwoch 1 Uhr: Haushaltsberatung (Friedensvertrag).

Preuß. Landesversammlung.

— Berlin, 23. November 1920.

Fortsetzung der Staatsberatung.

Das Haus nimmt zunächst in zweiter und dritter Beratung ohne Aussprache den Gesetzentwurf an, der für Staatsbeamte und Volksschullehrpersonen die während des Krieges zurückgelegte Dienstzeit anderthalbmal in Anrechnung bringt.

Hierauf wird der Entwurf, wonach die Erhebung von Kirchensteuern in den katholischen Kirchengemeinden vorläufig nach der den Kirchensteuerbeschlüssen ausarunde abgeleiteten Berechnung zur Staatseinkommensteuer gerechnet wird, in zweiter und dritter Beratung angenommen.

menener zur das Rechnungsjahr 1919 erfolgt, dem
Ausdruck überwiegen.

Es folgt die zweite Beratung des

Gesetzes der Justizverwaltung.

Justizminister Am Jochenow weist zunächst einige
Vorwürfe zurück, die gegen die preussische Justizverwal-
tung erhoben worden sind. Der Vorwurf der Partei-
lichkeit der Richter und Staatsanwälte ist völlig un-
begründet. Für verfehlte Urteile ist ja die Berufung
gegeben, die jetzt auch gegen die Urteile der Strafkam-
mern eingeführt werden sollen. Sehr wichtig für die
richtige Rechtsauffassung ist die Zuziehung von Schöffen.
Hier muß der Kreis der Zuziehenden noch erweitert
werden. Auch ich wünsche, daß am richtigen Platz
die Frauen als Schöffen Verwendung finden.

Abg. Dr. Berndt (Dem.): Das Schöffen- und Ge-
schworenengericht muß allen Staatsbürgern in weitest-
gehendem Maße zugänglich gemacht werden. Die Vor-
schrift, daß Volksschullehrer nicht Geschworene sein kön-
nen, muß grundsätzlich und ohne Rücksicht auf Unab-
hängigkeit fallen. Die Strafanordnungen des Straf-
gesetzbuches befinden sich nicht mehr im Einklang mit
den Anschauungen der Gegenwart. Hier muß unbe-
dingt Wandel geschaffen werden. Für die Frauen for-
dern wir die grundsätzliche Zulassung zum Amt des
Richters und des Staatsanwaltes.

Abg. Seelmann (Nat.) wendet sich gegen die pole-
mische Rede des Sozialdemokraten Seelmann und erklärt,
daß der preussische Richterstand den inhaltlosen, unge-
rechtfertigten Angriffen Seelmanns gegenüber viel zu
hoch stehe. Er kritisiert die Schwerfälligkeit der jetzigen
bürokratischen Justizapparates. Ferner beantragt er
Zulassung der Frauen zur Staatsanwaltschaft.

Dieser letztere Antrag wird dem Rechtsausschuß
überwiesen. Dann wird die Beratung abgebrochen.
Nächste Sitzung Mittwoch 12 Uhr: Altersgrenzengesetz,
Justizetat.

Der Mittellandkanal.

Die Mittellinie gesichert.

Endlich ist nun die Entscheidung über die Vinten-
führung des Schlüssels des Mittellandkanals, die
Beser-Elbemündung, gefallen. Die Minister
deser im Mittellandkanalausschuß der Preussischen Lan-
desversammlung mitteilte, kann die Mittellinie
nunmehr als unbedingt sichergestellt angesehen werden.

Der Minister hat gleich nach der Entscheidung des
Ausschusses mit den Staaten verhandelt, die auf dem
Boden der Südlinie standen. Bei den Verhandlungen
mit Thüringen ist man dadurch zu einer Einigung
gekommen, daß man zugestimmt hat, die Kanali-
sierung der Saale bis Kripau vorzusehen, von
wo aus ein Anschlußkanal nach Leipzig mög-
lich ist. Im weiteren sollen unter Beteiligung Preu-
ßens Talperrren bei Hohenwarte und Blan-
kenstein gebaut werden. An dem Bau, der von
Privatgesellschaften ausgeführt werden soll, wird sich
Preußen mit zwei und Thüringen mit drei Anteilen
beteiligen. Hieraus ist man zu einer Einigung mit
Sachsen gekommen, daß der Mittellinie zugestimmt
hat, nachdem der Anschluß über Kripau nach Leipzig
sichergestellt worden ist.

Nach diesen Ergebnissen hat eine Besprechung sämt-
licher Länder, die sich als Anhänger der Südlinie be-
kannt, mit der Preussischen Regierung in Berlin statt-
gefunden. Hierbei ist man zu folgender Verständig-
ung gekommen. Die Mittellinie mit einem voll-
wertigen Anschluß nach Mitteldeutschland
und Sachsen soll gebaut werden. Auf der Strecke
von Meine bis Debitz soll die Kanalführung so
vorgesehen werden, daß der Stachelkanal nach Braun-
schweig möglichst nur eine Länge von zwei Kilome-
tern erhält. Im Harz sollen unter Beteiligung Preu-
ßens Talperrren im Ocker-, Eder- und Bode-
tal errichtet werden. Man will den Wunsch Braun-
schweigs vertreten, beim Reich die Verlängerung des
Stachelkanals nach Braunschweig bis nach Wolf-
senbüttel anzuregen.

Nach dem Ergebnis dieser Besprechungen darf er-
freulicherweise festgestellt werden, daß nunmehr alle
beteiligten Länder Deutschlands den Beschlüssen des
Preussischen Kanalausschusses in Bezug auf die Linien-

führung beigetreten sind und es ist daher jetzt zu er-
warten, daß die Mittellinie im Reichsrat einstimmig
gebilligt werden wird. Der Minister deser gab im
weiteren die Erklärung ab, daß er im Einvernehmen
mit den Ländern beabsichtige, den Bau des Ka-
nals im Wege der Notstandsarbeiten im Einverneh-
men mit dem Reich möglichst bald in Angriff
nehmen zu lassen.

Mit dieser Entscheidung ist das Zustandekommen
eines Kulturwerkes gesichert, das berufen ist, im künf-
tigen deutschen Wirtschaftsleben eine sehr wichtige Rolle
zu spielen. Die Mittellinie wird vornehmlich dem gro-
ßen deutschen Durchgangsverkehr Rheinland-Ostdeutsch-
land zu dienen haben. Hierfür ist sie, vermöge der
geringen Höhenunterschiede, besonders geeignet. Eine
Erschließung der angrenzenden Industrie- und Kali-
gebiete ist durch die Anlage von Stichkanälen sehr
leicht zu ermöglichen. Aller Voraussicht nach wird
die nach langen Verhandlungen vereinbarte Vinten-
führung des Mittellandkanals die Zustimmung des
Reichsrates und des Reichstages finden, so daß der
Bau der für unser Wirtschaftsleben so überaus wichti-
gen Wasserstraße binnen kurzem in Angriff genom-
men werden kann.

Revolution in Irland.

Der Dubliner Hafen in Flammen.

Den letzten Nachrichten aus Dublin zufolge dau-
ert der Kampf in den Straßen der Stadt an. Nach
einem Privattelegramm des „Daily Herald“ sind die
Docks und die Kohlenlager in Brand gesteckt.
Ein großes Schiff steht ebenfalls in Flammen. In den
Hospitälern gibt es Hunderte von Verletzten.
Es ist bis jetzt noch nicht möglich gewesen, die Zahl
der Toten endgültig festzustellen.

Die Stadt Dublin ist ruhig. Der Zug- und Kraft-
wagenverkehr ist eingestellt. Keine Zeitung ist erschie-
nen. Auch die englischen Blätter sind nicht eingetroffen.
Die Offiziere siedeln aus den Hotels in die Kasernen
über.

Irlandtumulte im Unterhaus.

Freemans Journal teilt mit, daß Dublin seit
Sonntag abend von Militär umzingelt ist. Zwei Män-
ner sind erschossen worden. Viele Verhaftungen wur-
den vorgenommen. Militärautos durchkreuzen die Stra-
ßen, es wird unaufhörlich geschossen. Im Unterhause
führte der Massenmord der englischen Offiziere in
Dublin am Montag zu einer heftigen Szene. Es kam
zu Handgreiflichkeiten und das Haus mußte
auf kurze Zeit vertagt werden. Lloyd George teilte
auf Anfrage mit, daß die Regierung vom Parlament
weitere ausgedehnte Ausnahmevollmachten verlangen
würde, um die Mordhände aus dem Wege zu
räumen. Darauf ergriff Devlin das Wort. Ein Kon-
servativer fiel ihm aber ins Wort und versuchte, ihn
zu sich herüberzuziehen. Es entspann sich darauf ein
Handgemenge, das schließlich zu der Vertagung
des Hauses führte.

Standrecht über Dublin.

Die „Daily Mail“ meldet aus Dublin: Ueber die
Stadt Dublin ist das Kriegsrecht von dem britischen
Kommandanten verhängt worden. Veranlassung hier-
zu gaben die zahlreichen Mordtaten der Sinnfeiner an
englischen Offizieren. Die Polizeibeamten verhafteten
32 Sinnfeiner, die des Massenmordes an den eng-
lischen Offizieren verdächtig sind.

Politische Rundschau.

— Berlin, den 24. November 1920.

— Papst Benedikt XV. hat erneut eine erheb-
liche Winterspende für die deutschen Kinder
durch den Berliner Kunius angeliefert.

— Eine Konferenz der süddeutschen Ernährungsmin-
ister in Karlsruhe gab in einer Entschließung der Ansicht
Ausdruck, daß an der Juuagewirtschaft für Milch bis auf
weiteres festgehalten werden müsse.

Der Herr von Zimmer Nr. 19.

Kriminalroman von Walter Brand.

61] (Nachdruck verboten.)

„Hör mal, Papa, du hast mir ja noch kein Ster-
benswörtchen gesagt, wie ich mich gestern Abend mit
meinem Kavaler, dem Oberleutnant Fritz Vollhardt,
ausgenommen habe? Das ist nicht hübsch von dir.“

Herr Allmers wollte ein brummiges Gesicht auf-
setzen, aber er kam nicht dazu. Er sagte stattdessen:
„Nun, für diesen Abend ward Ihr ein ganz
passables Paar.“

Vizzi wurde beinahe fuchswild vor Zorn. „Papa!
Papa! So etwas kannst du sagen? Schäm dich! So-
fort nimmst du diese Bemerkung wieder zurück oder
ich werde dir in meinem ganzen Leben nicht wieder gut.“

Da bequimte er sich denn dazu, der Wahrheit
die Ehre zu geben. „Ihr saßt beide sehr apart aus.
Bloß daß dieser Herr Oberleutnant auch Leutnant bei
der Polizei ist, das gefällt mir jetzt ebensoviele wie
bisher.“

Da weist auch, weshalb! Aber jetzt lauf,
Mädel, schnell nach Zimmer Nummer 19.“

Während sie von dannen eilte, rief sie: „Und ich
sage dir, Papa, du wirst schon noch anders über ihn
denken. Warte nur ab.“

Das Zimmer Nummer 19 bligte und blinkte von
bestechender Eleganz und anheimelnder Zauigkeit, wie
es sich für den Baron von Hellberg, als einen hoch-
geachteten Stammgast der „Eisernen Krone“ gehörte,
und Vizzi Allmers betrachtete es voll Zufriedenheit.
Dann trat sie auf den schönen Balkon hinaus und blickte
auf das Gemälde der Straße hinab, die im vollsten
Verkehr stand. Plötzlich stieg sie. Dräben auf der
anderen Seite ging der Kriminalkommissar Fritz Voll-
hardt, ihr Fritz.

Wenn er doch hinaufblühte. Er tat es, und sie
lachten beide einander zu. Da fiel Vizzi ein, daß er
es ja am besten wissen mußte, was Klara Brandt auf
dem Ausgang der letzten Nacht so Schreckliches zuge-
stoßen sei. Danach wollte sie ihn fragen und zugleich
einige sanfte Vorwürfe darüber einflößen, daß es
doch eigentlich nicht recht von ihm gewesen sei, in der

Nacht mit einer so schönen jungen Dame, wie es Klara
war, zusammen auszugehen.

Also deutete sie mit ausgestrecktem Zeigefinger
vom Balkon nach unten, wo sich die kleine Weinstraße
des Hotels befand, in der sie neulich schon zusammen
mit ihm und Klara gegessen hatte, und er verstand.

In fünf Minuten war sie, unbeobachtet von ihrem
Vater, in das gemütliche Lokal herum geeilt, wo Voll-
hardt an einem Eckische Platz genommen hatte. Er
küsste ihr die Hand, da er hier den Mund nicht fassen
konnte.

„Du bestiehlst, teure Vizzi? Wie dir der gestrige
Abend bekommen ist, brauche ich dich nicht zu fragen.
Dein liebes Gesicht strahlt von Leben. Und ich denke,
auch Fräulein Brandt wird es ebenso gehen.“

Vizzi Allmers sah sich erst nochmals vorsichtig
um, sich zu überzeugen, daß kein unbefugter Lauscher
in der Nähe sei. Dann neigte sie sich zu ihm hinüber
und dämpfte trotzdem noch ihre Stimme so viel wie
möglich.

„Klara Brandt ist heute wie ausgetauscht, sie hat
mir gesagt, daß ihr in dieser Nacht etwas so Furcht-
bares begegnet sei, daß sie nur wünschen könne, daß
mir niemals etwas Ähnliches zustößen möge. Des-
halb wollte ich dich fragen, was denn eigentlich geschehen
wändig war, daß Ihr beide noch einen solchen Nacht-
bummel machtet. Daß es schlecht abgelaufen ist, weiß
ich ja, wenn du auch ein ganz harmloses Gesicht machst.“

Ein harmloses Gesicht machte Fritz Vollhardt nun
allerdings nicht, im Gegenteil sah er jetzt recht betreten
aus. Er dachte eine ganze Weile über seine Antwort
nach.

„Höre einmal, Vizzi, ich will dir ganz offen sagen,
daß ich eigentlich nicht erwartet hatte, daß Fräulein
Brandt dir von unserem Nachtausflug erzählen würde,
damit du dir keinerlei Gedanken machen solltest. Denn
es handelte sich doch nicht um ein Amüsement, sondern
um amtliche Recherchen.“

„Alles, antwortete Vizzi und furchte argwöhnisch
die Stirn. „Deine Bemerkung ist verdächtig, mein
Vater. Wenn es sich um amtliche Dinge handelt,
konnte ich erst recht alles wissen.“

.. Abstimmung in Oberschlesien am 17. Januar.
Von zuständiger Seite in Oppeln wird der „Pres-
sener Morgenzeitung“ bestätigt, daß die Abstimmung
in Oberschlesien Montag, den 17. Januar 1921, statt-
finden wird. Die deutschen und polnischen Angestell-
ten der internationalen Kommission haben ihre Abstim-
mung zum 1. Februar 1921 erhalten. — Das Volkische
Telegraphenbüro teilt zu der Meldung der Breslauer
„Montagszeitung“ mit, daß der Abstimmungstermin
für Oberschlesien erst im Laufe dieser Woche festgelegt
werden wird.

.. Gegen eine Störung der Vieh- und Fleischver-
sorgung. Die vor einigen Tagen im Reichsernährungs-
ministerium versammelten Vertreter der landwirtschaft-
lichen Körperschaften sagten eine Entschliebung, in der
sie erklären, daß jedes mittelbare oder unmittelbare
Ausfuhrverbot einer Provinz oder eines Landes
eine unerträgliche Störung der Vieh- und Fleischver-
sorgung mit sich bringt. In gleicher Weise gefährden
die Viehversehrungen nach dem Ausland
die Fleischversorgung des deutschen Volkes auf das
Schwerste. Die Körperschaften ersuchen daher die Reichs-
regierung, allen Ausfuhrverboten entgegenzutreten und
nichts unversucht zu lassen, um die Verschlebung von
Vieh nach dem Auslande zu unterbinden.

.. Das Wahlrecht im Reich und in Preußen. Zum
Reichstage ist bekanntlich nach einem „vorläufigen“
Wahlrecht gewählt worden, und auch die Preußenwahlen
finden nach einem „vorläufigen“ Wahlrecht statt. Es
sind nun Bestrebungen im Gange, für das Reich und
für Preußen das gleiche Wahlsystem und womöglich
auch die gleichen Wahlkreise festzulegen. Die Vorteile
dieser Ordnung der Dinge liegen auf der Hand. Strit-
tig ist besonders die Frage, ob man große oder kleine
Wahlkreise schaffen soll. Hier gehen die Meinungen
noch weit auseinander. Wie der „Deutsche Schnell-
dienst“ aus parlamentarischen Kreisen hört, soll un-
mittelbar nach den Preußenwahlen ein gemeinsa-
mer Ausschuß des Reichstages und der preussischen
Landesversammlung gebildet werden, der diese Wahl-
rechtsfragen behandeln und eine Verständigung anbah-
nen soll.

.. Ein Volksentscheid gegen die Telephonversteu-
rung? Der Wirtschaftsverband der Ärzte Deutschlands
hat eine Aktion in die Wege geleitet, um durch sämt-
liche ärztlichen und kassenärztlichen Vereine Unterschrif-
tenmaterial zu einer Protestkundgebung gegen die weite-
tere Verteuerung der Fernspreckgebühren zu sammeln.
Es soll auf diese Weise der durch die Reichsverfassung
gewährleistete Volksentscheid gegen die Verteue-
rung herbeigeführt werden. Hierzu ist, wie die Inter-
essengemeinschaft der Fernspreckteilnehmer in Bremen
mitteilt, die Unterschrift von mindestens 30 000 Teil-
nehmern erforderlich. — Wie die „Deutsche Allgem.
Zeitung“ erzählt, ist die Meldung eines Berliner Blat-
tes, daß eine Verdoppelung der Fernspreckgebüh-
ren wahrscheinlich sei, in dieser Form unzutreffend.
Richtig ist lediglich, daß an den zuständigen Stellen
an einer grundsätzlichen Neuordnung des Ge-
bührentarifs gearbeitet wird, bei dem Leistung
und Gegenleistung gerechter ausgeglichen werden als
bisher, und zwar in dem Sinne, daß die Gebühr nach
der tatsächlichen Beanspruchung des Fern-
sprechers gestaffelt wird.

.. Der Kronprinz und der Fall Grusser. In
Bestätigung der Ausführung des deutschen nationalen Ab-
geordneten Graf Westarp im Reichstag erzählt der
Amsterdamer Vertreter des W. T. S. von einer dem
vormaligen Kronprinzen nahestehenden Seite, daß we-
der der vormalige Kronprinz noch sein Begleiter, Major
von Müldner, sich jemals bewußt oder unbewußt an
einer Kapitalverschlebung aus Deutschland nach dem
Ausland beteiligt haben. Die Beziehungen des frü-
heren Kronprinzen zu Herrn Grusser rühren daher,
daß dieser sich dem Kronprinzen nach dessen Uebertritt
auf holländisches Gebiet als einer der ersten zur Ver-
fügung stellte und ihm aus seiner bedrängten finan-
ziellen Lage dadurch half, daß er ihm 5000 Gulden
vorstreckte, um damit über die erste Zeit hinwegzu-
kommen. Seitdem bestreitet der Kronprinz seinen Ge-
bensunterhalt aus Mitteln, die er vom holländischen

„Du bist nicht ganz hart von Grusser. Kleine
Vizzi“ schaltete Vollhardt gravitätisch ein. „Darum
war Schweigen besser.“

„Du schlug ein kleines Haken auf, das Haken sein
sollte, aber es gelang dir nicht recht. Ich werde gerade
auf dich mit Klara Brandt eiferfüchtig sein, die doch
selbst einen Bräutigam hat. Bei mir handelt es sich
nur um das, was sich gehört. Und darum meine ich,
es wäre besser gewesen, du hättest solchen nächtlichen
Spaziergang zu Zweien unterlassen. Doch das mag
auf sich beruhen bleiben. Aber was ist denn Klara
so Schreckliches passiert?“

„Von Schrecklichem weiß ich wirklich nichts, höchstens
von etwas Menschlichem.“

„Nun, so sprich doch und laß dir nicht jedes Wort
abfragen.“

„Fräulein Brandt hat mir zwar nicht verboten,
darüber zu sprechen, aber ich setze voraus, daß du
strenge Diskretion bewahrst.“

„Aber das ist doch selbstverständlich“, betonte Vizzi,
neugierig und ungeduldig zugleich.

„Also, dann höre. Wir waren in der Bar Inter-
national, wo ich gewisse Persönlichkeiten zu treffen
hoffte, auf die ich schon längst ein Augenmerk habe.
Es ging sehr lebhaft zu, und es war auch wirklich
nicht uninteressant, das Stück Nachtleben. Wenn du
erst meine Frau bist, so gehen wir einmal zusammen
dorthin.“

Vizzi warf die Lippe schnippisch auf. „Danke,
aber ich bin auf solche Milieustudien gar nicht neugierig.
Aber nun erzähle schneller.“

„Ich glaube also den jungen Engländer, Mister
Stokes, der gestern abend Fräulein Brandts Kavaler
gerade so wie Mister Stokes eine weiße Kamelle im
Knopfloch, und wollte eben Klara darauf aufmerksam
machen, als ich doch merkte, daß ich mich getäuscht
habe. Es tragen ja schließlich viele Herren eine Kamelle
im Knopfloch. Der Herr war der Dr. Heller, den ich
bei der Eröffnung des Palais International vor eini-
gen Wochen flüchtig kennen gelernt hatte.“

(Fortsetzung folgt.)

Kaiser bezieht. — Im Reichstage kam es am Montag gegen Schluß der Sitzung noch zu großen Tumulten, die ihren Höhepunkt erreichten, als der ehemalige Reichskanzler Herrmann Müller den Exkaiser einen verbrecherischen Narren nennt und Kaiser Wilhelm I. als „alten Samajshenopf“ anspricht. Diese Ausführungen riefen stürmische Proteste und erregte Plurkufe auf der Rechten hervor.

Rundschau im Auslande.

• An Stelle des zurückgetretenen Lord Chelmsford ist ein Nachkomme des berühmten englischen Feldherrn gleichen Namens, ein Lord Wellington, zum Vizekönig von Indien ernannt worden.

• Der Berliner italienische Botschafter de Martino ist zum Botschafter in London ernannt worden. An seine Stelle wird der Senator Frattini, der Herausgeber des dem Ministerpräsidenten Giolitti nahestehenden Blattes „Stampa“ treten.

• Der Prinzregent von Serbien hat am 21. November den südslawisch-italienischen Vertrag von Rapallo ratifiziert.

• Die Attentate in Barcelona (Spanien) dauern an. Der frühere Bürgermeister von Tarasa, ein Fabrikbesitzer, ist in Barcelona erschossen worden.

• Die griechische Volksabstimmung über die Rückkehr Konstantins wurde verschoben. Die Kammer ist auf den 28. November zwecks Abstimmung über den Vertrag von Sevres einberufen.

• Der Gemeinderat von Paris hat beschlossen, zu Ehren Benzels einer Straße den Namen „Benzelsstraße“ zu nehmen.

Sport und Verkehr.

• **Verstärktes Verbot der Auslandsreisen.** Die Oberste Behörde für Vollblutzuht und Rennen hat in ihrer letzten Sitzung beschlossen, dem Justizminister Vorschläge zur Ergänzung und Abänderung des Gesetzes vom 4. Juli 1905 zu machen, nach denen der Abschluß von Wetten über ausländische Pferde Rennen, die Veröffentlichung von Stimmungsberichten und Voraussetzungen über ausländische Rennen durch Anzeigen oder in irgendwelcher anderen Form, ferner das Festhalten und der Verkauf von Schriften, die derartige Veröfentlichungen enthalten, verboten werden.

Gerichtssaal.

• Die Breslauer Konsulatskammer vor Gericht. Nach zwölfstündiger Verhandlung wurde das Urteil in dem Konsulatskammerprozeß gefällt. Von den 21 Angeklagten wurden fünf freigesprochen, wegen Landfriedensbruchs und Plünderung wurde je ein Angeklagter zu einem Jahr, zu neun Monaten, zu acht Monaten, sieben Monaten und sechs Monaten, fünf Angeklagte zu fünf Monaten, drei Angeklagte zu drei Monaten und ein Angeklagter zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Gegen eine der Angeklagten wurde das Verfahren niedergeschlagen. Den sämtlichen Angeklagten wurden mildernde Umstände zugesprochen. Die Geschworenen haben einstimmig beschlossen, alle Verurteilten ein Gnadengesuch bei dem Reichspräsidenten befürworten zu wollen, dessen Beschluß hat sich auch der Gerichtshof angeschlossen.

Soziales.

• Der Kongreß der christlichen Gewerkschaften. Am dritten Sitzungstag hielt das Mitglied des Reichswirtschaftsrates, Geschäftsführer Valtrusch-Berlin ein Vortrags über den Gemeinschaftsgedanken in Staat und Wirtschaft. Die Solidarität aller Berufsstände im Staats- und Gesellschaftsleben zur vollen Geltung zu bringen und der Arbeiterschaft die große Bedeutung ihrer Gleichberechtigung klar zu machen und sie für die Arbeit im Gemeinwohl zu befähigen, sei eine hohe Aufgabe der christlich-nationalen Arbeiterbewegung. Alle geeigneten privatmonopolistischen Industrien müssen der Volksgemeinschaft dienstbar gemacht und gemeinwirtschaftlich verwertet werden. Hingzu kommen muß die Kommunalisierung der dazu geeigneten und vornehmlich der Zweigen der Gemeinwesen dienenden Betriebe. Auch in der Landwirtschaft muß der gemeinwirtschaftliche Gedanke mehr als bisher zur Geltung kommen. Der Not der deutschen Wissenschaft muß abgeholfen werden. Auch das Heilwesen und das Wohnungswesen bedürfen dringend einer möglichst einheitlichen gesetzlichen Regelung. Alle gemeinwirtschaftlichen Bestrebungen müssen neben der inneren Anteilnahme der gesamten Arbeiterschaft die Förderung der Produktion zum Ziel haben.

Volkswirtschaftliches.

• Sozialisierung und Spekulation. Der ziemlich gleichmäßige Verlauf der Reichstagsdebatte über die Sozialisierung der Kohlenbergwerke ist von der Börse mit einem neuen Steigen der industriellen Werte begrüßt worden. Die Spekulantentriebe befürchten also zunächst noch nicht, daß ihnen der Dividendenfort unerreichbar hoch gehängt werden wird. Dabei sind Aktien teilweise bis über 1100 gestiegen. Es steht wohl auch nun fest, daß die Sozialisierungsfrage vorerst nicht zu einer Ministerkrise führen wird, wie verschiedentlich prophezeit worden ist.

• Die Mark steigt weiter. Unter dem Einfluß der harten Nachfrage nach Markhochsätzen an der New Yorker Börse steigt der Kurs der ausländischen Devisen an der Berliner Börse fort. Der Dollar ging auf 62 3/4 Mark zurück, englische Pfundnoten stellten sich auf 22 1/2, holländische 100 Guldennoten kosteten nur noch 1980 Mark. Das deutsche Finanzministerium in Gold wurde schon mit 265 Mark angeboten, die Mark hat demnach 7 1/2 Pfennig ihres Friedenswertes erreicht.

• Berlin, 23. Novbr. (Barenmarkt.) Fliegelsirob 28-28, Brechirob 26-27, Maschinenstroh 23-25, Däsel 25-30, Weizenheu 31-33, Heuboden 33-42, Kleehheu 44-50, Weizen von 160-165, Weizen von 160-170, Ackerbohnen von 170-175, Bittererbsen bis 275, kleine Ackerbohnen bis 240, Futtererbsen von 195, Erbsen 410-430, Geradella 70-75, neu bis 112, Lupinen blau 80-85, gelb bis 112, Munkelrößen 7-8,50, Währen rot 15-16, gelb 14-15, Währen 700, Senf 200 für 50 Kilo ab Station.

Potales.

• Das Weihnachtseben beginnt. Im Hause das Freuen und das Vorbereiten, auf der Straße vor den Schaufenstern das Bewundern, alles neue Herrlichkeiten, die der Weihnachtsmann ausgestellt hat, und in den Läden das Einkäufen. Wir haben hier, was wir brauchen, wir brauchen nicht in die Ferne zu schweifen. Und wenn in der Ofenröhre die Bratäpfel zischen, die Großmutter die Märchen erzählt und die schönen Lieder erklingen, dann merken die Buben und Mädchen, was das deutsche Weihnachten bedeutet.

• Zahlung von Rentenvorschüssen an Kriegsbeschädigte, deren Rentenverfahren noch nicht zum Abschluß gekommen ist. Die Zahlung der bisher schon üblichen Rentenvorschüsse findet immer am den 3 letzten Werktagen des Monats für den nächstfolgenden Monat statt. Um den Zahlungsverkehr in ordnungsmäßigem Wege abzuwickeln, wird hiermit folgende Reihenfolge für den Monat November bestimmt:

A—B am Samstag den 27. Nov. 8^{1/2}—12 Uhr vorm.
C—D „ Montag „ 29. „ 8^{1/2}—12 „ „
E—F „ Dienstag „ 30. „ 8^{1/2}—12 „ „

Die Innhaltung dieser Anordnung liegt einerseits im Interesse der Kriegsbeschädigten und nicht zuletzt im Interesse der Kriegsbefehlshaber selber, die dann nicht unnötig warten müssen. In Frage kommen nur die in Wiesbaden und Bornheim wohnenden Kriegsbeschädigten sowie ihnen Rentenvorschüsse bewilligt worden sind.

Das Besorgungsamt macht ganz besonders darauf aufmerksam, daß es sich hier bei nicht schon um die erhöhten Beträge des Reichsversorgungsgesetzes handelt. Ueber die Auszahlung legerer Schwere noch Verhandlungen.

• **Mieterschuttsversammlung.** Zu der Versammlung des Mieterschuttsvereins vom 13. Nov. war der Vorsitzende des Mieterschuttsvereins Wiesbaden Herr Direktor Abicht erschienen. Er betonte, daß nach dem nunmehr vollzogenen Anschluß des Bierstädter Vereins an den Wiesbadener Verein, den Bierstädter Mietern die Rechtschuttsstelle Wiesbaden ständig zur Verfügung stünde und daß sie auch eintretenden Falles von den Juristen des Wiesbadener Vereins vor dem Mieteinigungsamt vertreten würden. Er betonte weiterhin, daß man dem anständigen Hausbesitz, soweit es die Verhältnisse erforderten, entgegenkommen, dagegen dem unanständigen und spekulativen Hausbesitz gegenüber sich energisch wehren und, falls nötig, d. h. falls die Wohnungs- und Mieteinigungsämter versagten, sich zur Wahrung seiner Rechte an die höheren Verwaltungsstellen wenden müsse. Aus dem Bericht der Mieterschuttskommission in der Bierstädter Wohnungskommission, des Herrn Hahn, war leider zu entnehmen, daß die gemeinsame Arbeit mit den beiden Vertretern des Hausbesitzes in dieser Kommission unmöglich wird. Von dieser Seite wurde Herr Hahn erklärt, wenn er sich bei den Verhandlungen auf die bestehenden Mieterschuttsgesetze berief: (Herr Hahn ist der einzige, der das Gesetzbuch mit zu den Verhandlungen bringt) „Das sind ja gar keine gültigen Gesetze, das sind ja nur Verordnungen, die haben keine Gültigkeit, erst recht nicht für Bierstadt.“ Man kann sich nicht genug wundern, daß Männer mit derartiger Unkenntnis es fertig bringen, sich in die Wohnungskommission wählen zu lassen, also ein wichtiges soziales Amt, das zur pflichtgemäßen Ausübung Kenntnis der sozialen Gesetzgebung unbedingt erfordert.

• Der junge Fußball-Sportverein Bierstadt hat am vergangenen Sonntag sein 1. Wettpiel gegen die Turngemeinde Eltville in Alville ausgetragen. Es war ein interessantes und flottes Spiel. Bald nach Spielfeldbeginn übernahm Eltville die Führung durch ein 1. und kurz danach durch ein 2. Tor. Bierstadts Mannschaft fand sich jetzt erst allmählich zusammen und bald war der Ausgleich durch 2 schöne Schüsse des halbrechten gestadts Eltville Mannschafte lieg etwas nach und Bierstadt konnte bald mit einem 3. und kurz vor Halbzeit 4. Tor in Führung gehen. 4:2 wurde gewechselt. Nach Halbzeit mochte das Spiel hin und her. Alle Angiffe Eltville scheiterten an der sicheren West. Verteidigung. Bierstadts Sturm war dagegen glücklicher und konnte den ersten 4 Toren noch ein 5. und 6. hinzufügen. In den letzten Minuten versuchte Eltville noch durch eine gewaltige Anstrengung aufzuholen. Es gelang ihnen auch mehrere Male direkt auf das Tor zu schießen, aber der Torwart wehrte alles ab. Mit einem Siege 6:2 konnte der Bierstädter Fußball-Sportverein den Platz verlassen. Hoffen wir, daß die Mannschaft weiterhin ihre Spiele in Ehren bestreift.

• Erle Lichtspielpredigt in Bierstadt. Am Sonntag, den 28. Nov. (1. Adventsonntag) um 8 Uhr abends wird in der evangelischen Kirche eine Lichtbildpredigt veranstaltet werden. Es gelangen 40 Lichtbilder aus dem herrlichen Werke des Meisters Franz Stassen „Das Leben Jesu“ zur Vorführung. Je rliche Textvervollständigung, gedämpfte Orgel und Gemeindegesang in etwa 200 Kirchen Deutschlands veranstaltet worden, so im Berliner Dom und anderen Berliner Kirchen, und in Wiesbaden und Bleibich. Sie hat überall einen tiefen und nachhaltigen Eindruck hinterlassen. Zur Deckung der Kosten wird ein Eintritt von 1,50 erhoben. Weiteres siehe im Anzeigenteil.

• Von größter Bedeutung für alle radsporetreibende Vereine und Einzelfahrer, ferner für die Stadt- und Landverbände für Leibesübungen dürfte die am 14. November 1920 im Taunushotel in Mainz erfolgte Gründung der Vereinigung der Bundesradfahrer Vereine und Einzelfahrer des Gau 9 im besetzten Gebiet sein. In der von den führenden Männern der Radsporetreibenden und allen Delegierten des besetzten Gebietes des Gau 9

besetzten Versammlung traten alle Vereine von Mainz und Umgebung und Wiesbaden und Umgebung einstimmig der Vereinigung bei, die bis heute annähernd 700 Mitglieder zählt. Die Wahlen waren einstimmig für den I. Vorsitzenden: G. O. S., Bierstadt, II. Vorsitzenden: Sattler, Schierstein, I. Schriftführer: Schneid, B. V. V., II. Schriftführer: Sturm, Wiesbaden, Kassier: Dieh, Schierstein, Beisitzer: Kroll, Mainz, Staud, Wiesbaden, Schmidt, Eltville und Heinrich Aug. Koch, Erbenheim, Hauptwart: Dirscherl, Wiesbaden. Es dürfte sich für alle sportlichen Veranstaltungen Hand in Hand mit der Trasse eine großzügige Auswirkung aller sportlichen Wettbewerbe ermöglichen lassen und so dem Radsporetreibenden neue Kräfte zuführen.

Eingefandt.

(Für Artikel unter dieser Rubrik übernimmt die Schriftleitung keine Verantwortung.)

Der Artikel „Zur Kartoffelversorgung“ stand schon vor ca. 14 Tagen in dem Bauernorgan „Rassauer Land“ d. artige Artikel mögen ja für die Leser des „Rassauer Land“ für ihr geistiges Wohl erforderlich sein, aber in eine Zeitung, mit einem Honnenstand von breiteren Volksschichten, sollte man derartige Artikel doch nicht aufnehmen. Daß die Bauern fleißige Leute sind, hat ihnen bis jetzt noch niemand abestritten. Daß sämtliche andern Leute, außer den Bauern Faulenzer sind, kann man ja täglich auch genügend in den Bauernzeitungen lesen. Der Artikel schreibt ja selbst von dichtgedrängten Massen vor den Kinos, er kritisiert das Tanzen, die Frauen, die Beamten, die Sportler — kurz alles wird von ihm heruntergerissen — was kein Bauer ist. Und dieses alles wegen den Kartoffelpreis. Vielleicht verrät uns der Artikelschreiber wieviel Kartoffeln er und seine Freunde unter 25 Mk. verkauft haben. Die Faulenzer hauptsächlich in der Stadt die die Kartoffeln kaufen müssen, wissen ganz genau, daß sie 40 Mk. und noch mehr dafür bezahlen mußten. Die „studierten“ Bauern rechnen ja genau aus, daß sie unter 37,50 Mk. den Zentner nicht produzieren können. Daß sie auch nicht mehr wie 50 Zentner pro Morgen ernten. Die Bauern müssen ihre Mitmenschen für sehr naiv halten, daß sie glauben ihnen solche Märchen erzählen zu können. Ich möchte mal den Bauern einen Vorschlag machen. Sie sollen doch ihre Kartoffeln den Kommunen den Br. zu 37,50 Mk. anbieten, den Morgen zu 50 Zentner gerechnet. Die Kommunen machen sich die Kartoffeln selbst aus — der Bauer braucht sie also nur anzupflanzen — und ich bin überzeugt, daß die Verbraucher für 20 Mk. ihre Kartoffeln einstellen können. Komisch berührt in dem Artikel wenn von Stuerzahlen gesprochen wird. Praktisch hat man es ja h. im alten Dreiklassensystem gesehen wer früher die Steuern bezahlt hat. Und wie sieht es heute damit aus? Ein Tagelöhner bezahlt in einem Monat mehr Steuern als ein 30 Morgen reicher Bauer das ganze Jahr 118 Mk. — Einhundertachtzig Mk. — Dafür hat er unter Umständen noch 2-3 Söhne die zwar feste verdienen aber nichts bezahlen. Ueber den hohen Preis des Runkelrübens mögen sich die Bauern bei ihren politischen Freunden der Rechtsparteien bedanken. Dieser hohe Preis ist nicht auf die hohen Löhne zurückzuführen, sondern auf die horrenden Dividenden die die Industriemagnaten einstecken. Teure Reparaturen? Fragt nur die Wagner, Schmiede und sonstige Handwerker aus den Dörfern. Wann diese von den Bauern leben sollten, wären sie schon längst verhungert. Besonders scheinen dem Artikelschreiber die Sportler im Magen zu liegen. Er empfiehlt ihnen Stämmen mit Kartoffelsäcken usw. Gebt den „Faulenzer“ auch eure Butterbrote, Hausmachernäpfe, Schinken, Eier, Milch, eure Säcke voll Weizenmehl, eure Wein usw. zum Stämmen in den — Magen, dann ist es ihnen auch möglich Kartoffelsäcke zu stämmen und vielleicht auch eure mit Geld gefüllten Säcke, die ihr in den meisten Fällen mit Buchern, Schiebern, Schwarzschlachten usw. gefüllt habt. Jedenfalls haben die Bauern und ihre Kinder den Hunger und das Elend nicht kennen gelernt. Sie konnten und haben ihre körperlichen Kräfte hochgehalten. Aber die „Faulenzer“ haben drauhen für sie im Schützengraben gestanden, Hunger und Strapazen durchgemacht. Ebenso ging es den Familien zu Haus. Sie litten und leiden heute noch an Unterernährung. Ihr könnt leicht 12 Stunden — 3-4 Monate im Jahr — arbeiten. Der Arbeiter und Beamte hat so gelitten, daß er noch nicht für 6 Stunden Arbeitskraft mehr hat, hätte unsere arbeitenden Jugend ihren Körper und Geist vor dem Kriege nicht durch Turnen und Sport gepflegt, so hätten wir heute 4 Jahre Krieg durchgehalten. Die Bauern waren schon von jeder Feinde der Körperkultur. Seht euch die Listen der Turner, Radfahrer, ja sogar der Feuerwehr durch. Ihr werdet wenig oder gar keine Bauern dabei finden. Seht euch die Listen der Gefallenen im Weltkrieg durch — Betrachtet auch die Veteranen von 1870 hier in Bierstadt. Lauter Arbeiter und geringe Leute. Für heute mal genug. Ich will um mit dem bäuerlichen Artikelschreiber zu reden die Klust zwischen Bauern und Verbrauchern nicht vergrößern. Aber wer Daß fät, kann keine Liebe ernten. — Der Herr Einfander schließt mit seinen Worten Eingangs des Artikels über das Ziel hinaus. Wenn der Artikel auch aus einer Zeitlich ist kammt, die die Interessen einer Partei wahrnimmt, so war dieses für uns kein Grund den Artikel, der uns aus Leserkreisen mit der Bitte um Aufnahme zuging, zurückzuweisen. Gerade die strenge Unparteilichkeit, die wir der Öffentlichkeit gegenüber immer bewiesen haben, zwang uns dazu — wollten wir nicht einseitig sein, — den Artikel zu veröffentlichen. Die Rubrik: Eingefandt ist ja dazu vorhanden, jeden Einfander reden zu lassen wie ihm der Schnabel gewachsen ist und wir werden dem stets soweit der Inhalt nicht unflätig ist, Folge leisten. (Schriftleitung).

Wetterbericht.

27.—28. Zu ist noch etwas heiter und kalt, darauf
Schn efall, im Trefland Regen, Wind stark.

Bekanntmachungen.

Die am 14. November cr. statt-ehabte Sammlung von
Spenden für die neu zu beschaffend n Kirch-uglocken er-
gaben nach der erfolgten Zusammenstellung die Summe
von 13 128.25 Mk. Das Gabenverzeichnis wird später
be öff ntlicht werden.

Obwohl der Erfolg der Sammlung ein ganz hübscher
zu nennen ist, reicht die genannte Summe leider keines-
wegs hin, das heilige Glockengeläute damit in alter
Schöne e stehen zu lassen. Es wird zur Erreichung des
Zieles noch größerer Anstrengungen bedürfen.

Wir fagen allen hochherzigen Spenden von Verbes-
gaben für das zu erneuernde Geläute unseren herzlichsten
Dank. Weitere Spenden sind jederzeit herzlich willkommen.

Betrifft: Verteilung von Rubeln.

Am Freitag und Samstag dieser Woche gelangen in
sämtlichen hiesigen Kundengeschäften Gemäßenrubeln zur
Verteilung. Auf den Kopf der Verforgungsberechtigten
entfallen 100 Gramm zum Preise von 110 Pfennig.

Die Ausgabe erfolgt auf den Stammschnitt der
Brotkarte für die 16. Woche. Dieser Stammschnitt
wird durch Abschneiden der rechten oberen Ecke entwirrt.

Die Gewerbesteuerliste für das Rechnungsjahr 1920
liegt dem 26. November 1920 ab eine Woche lang zur
Einsicht der beteiligten Steuerpflichtigen auf dem Rat-
haus Zimmer No. 8 offen.

Es sind noch mehrere Stücke Reineife zu 9 Mk.
das Stück auf Zimmer 6 im hiesigen Rathaus erhältlich.
Bierstadt, den 25. November 1920.

Der Bürgermeister: Hofmann.

1. Lichtbildpredigt Das Leben Jesu

in der evangelischen Kirche in Bierstadt
am Sonntag den 28. November (1. Advent),
um 8 Uhr abends.

40 Lichtbilder des Meisters Franz Staffen,
feierliche Liturgie, Orgelspiel und Gemeindegesang.
Eintritt: 1.50 Mk.

Karten beim Kirchendiener Müller in der alten Schule
bei Rausmanns Ein-er, Ecke Rathaus- und Wiesba-
den-straße und an der Ab-ndlasse.

Local-Gewerbeverein Bierstadt.

Nächsten Samstag, den 27. d. Mts., abends 7 Uhr
hält auf unsere Veranlassung Herr Dr. Schäfer von Wies-
baden im Gasthaus zum Bären einen Vortrag über

Die neuen Reichsteuern.

Dieses Thema ist wohl zurzeit für jeden, sowohl Hand-
werker und Gewerbetreibenden, als auch Landwirt, von
größter Wichtigkeit.

Wir laden deshalb unsere Mitglieder, wie auch Nicht-
mitglieder zu diesem Vortrag höflichst ein und bitten um
recht pünktliches und zahlreiches Erscheinen.

Eintritt frei.

Der Vorstand.

Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer u. Hinterbliebenen.

Ortsgruppe Bierstadt.

Am Samstag, den 27. November, abends 6½ Uhr
im Saale zum Adler (Bes. L. Brühl)

Wohltätigkeitskonzert.

VORTRAGS-FOLGE.

1. Musikstück. 2. Ansprache. 3. Gesangsverein
Frohsinn: a) Der Reiter und sein Lieb. b) Sturm-
beschworung. 4. Turnverein: Riege am Barren. 5.
Musikstück. 6. Männergesangsverein: Heimweh. Sing-
spiel in einem Akt.

PAUSE.

7. Männergesangsverein: a) Die Sonne sank. b) Der
Mutter einzig Glück. 8. Duett: Karl Schmidt II. u.
Frl. Fr. Sternberger (Tegesf.) 9. Sportklub Athletia:
Pyramiden. 10. Schieberpech W. Kibling, Fr. Körscher-
ner und Otto Klein. (Tegesf.) 11. Musikstück. 12.
Verlosung.

Kassenöffnung 5½ Uhr. Anfang 6½ Uhr.

Carneval-Verein „Narrrhalla“ Bierstadt.



Sonntag, den 28. d. Mts., nachm. 3 Uhr
im Gasthaus zum Rebenstock hier

Generalversammlung.

Um pünktliches und vollständiges Erscheinen bittet

Der Vorstand.

Unsere

Puppen-Klinik

und Reparatur-Werkstatt für Maschinen etc.

ist eröffnet!

Unter fachmännischer Aufsicht wird
jede Reparatur sauber ausgeführt.

Alle Ersatzteile für Puppen, sowie sämtliche
Zubehörteile für Maschinen in reicher Auswahl.

S. Blumenthal & Co.
Wiesbaden



Geflügel-, Vogel- und
Kaninchenzucht-Verein,
Bierstadt. Gegründet 1905.

Unsere Mitgliedern zur Nachricht, daß die Preisgel-
der heute Donnerstag Abend 8 Uhr bei Mitglied Brühl
ausbezahlt werden.

Um die Ausstellungsabrechnung fertig zu stellen ist
es absolut notwendig, daß jeder, der eine Forderung aus
der Ausstellung hat, erscheint.

Der Vorstand



„Gesangsverein Frohsinn“
— Bierstadt. —

Heute Abend 8 Uhr

Sitzung des Vergnügungsausschusses

im Gasthaus zur Friedrichsruhe, Mitglied Hofmann, wo-
zu auch die werten Damen, welche mitwirken, höflichst
eingeladen werden.

Der Vorsitzende.

Allgemeiner Bürgerverein, Bierstadt.

Der Gewerbeverein hat uns rdt. zu dem Samstag,
den 27. d. Mts., abends 7 Uhr im Bären stattfindenden
Vortrag „Die neuen Steuern“ eingeladen.

Indem ich dieses zur Kenntnis der Mitglieder bringe,
bitte ich der Einladung zahlreich Folge leisten zu wollen.

Der Vorsitzende

Haus u. Grundbesitzer-Verein Bierstadt.

Eingetr. Verein.

Telefon 1232.

Achtung Hausbesitzer!

An unsere Mitglieder

und diejenen, die es werden wollen!

Am Mittwoch, den 1. Dez., abends 7 Uhr spricht:
Herr Stadtv. H. Hartmann, Wiesbaden und
Herr Dir. G. Camer, v. Hausbesitzerverein Wiesbaden

Thema: Die Rolle des Hausbesitzers
im Gasthaus zum Taunus (Bes. W. Hofmann, Wwe.)

Zu zahlreichem Besuch ladet ein

Der Vorstand.

Kein Hausbesitzer soll fehlen.

Die allgemeine Sterbefasse Bierstadt

hält am Samstag, den 27. November abends 8 Uhr im
Gasthaus zum Anker eine

Mitgliederversammlung ab.

Tagesordnung: Auflösung der Kasse oder Weiterbestehen
derselben im Anschluß an die Gassen-Raffaelsche Lebens-
Versicherungs-Gesellschaft zu Wiesbaden.

Um recht zahlreichen Besuch bittet

Der Vorstand.

Fußballsportverein Bierstadt.

Am Freitag den 26. d. Mts., abends 8 Uhr findet
im Vereinslokal eine

Mitgliederversammlung

statt. Tagesordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Zusammenschluß mit dem Turnverein.

Um pünktliches und vollständiges Erscheinen bittet

Der Vorstand.

Achtung!

Es empfiehlt sich folgende

Sauerfrucht

jeden Freitag
frische Fische
und prima

Maustartoffeln

Heinrich Holzhäuser,
Bierstadt Wilhelmstraße 19.

Prima

Holländer

Seringe

eingetroffen

Schuck,

Bierstadter Höhe Telph. 55.

Kluge Frauen

lassen sich nicht täuschen durch
so oft angebotene meist wertlose
Präparate — Nehmen Sie bei

Regelstörung,

Störung nur meine auch in ver-
zweifeltsten Fällen erprobten wirk-
samen Mittel. Sie werden über-
rascht und mir dankbar sein.

Diese Verand mit Garantie,
vollständig und schnell. Geld
zurück.

Wirkung in 3 Tagen

C. Hansen, Hamburg,
Weidenallee 50.

Mainzer

Sauerfrucht

empfehlen

Schuck,

Bierstadter Höhe Telph. 55.

Jeder Hausbesitzer muß
Mitglied des Haus- und
Grundbesitzer-Vereins sein.
Geschäftsstelle Moritzstraße 5.

Zur Weihnachtsbäckerei

empfehle in stets frischer Ware:

Zitronenessenz und Mandelessenz in Gläsern à 2.—
Vanillezucker in Packchen à 50 Pfg.
Nelken, Zimt, Anis, Koriander, Pfeffer, Vanille in
Stangen, Backpulver verschiedener Sorten, Gustin,
Hirschhornsalz, Pottasche etc.

Backwachs Platte 1.— Mk.

Rosenwasser, garantiert reinen Bienenhonig Pfd. 24 —
Drogerie A. Lehmann, Wiesbadenerstr. 4.

Empfehle von heute ab

prima Ochsen- und Rindfleisch

per Pfund 10.— Mk.

Metzgerei Julius Levy,

Rathausstraße 19.

Telefon 1429.

Empfehle rein schmeckenden

Bohnenkaffee

Pfund 28.—, 30.— und 32.— Mk.

Cekes ¼ Pfund 3.50 Mk.

Drogerie A. Lehmann, Fernsprecher 3267.

Rolladen- und Jalousien-Werkstätte

A. Metzger und W. Krombach,

Mauritiusplatz 8 Wiesbaden Fernruf Nr. 8797

liefern und reparieren

Rolladen und Jalousien aller Art schnell u. preiswert

Einzigstes und ältestes Spezialgeschäft am Platze.

Kommen auch jederzeit nach auswärts.

Trauringe

Dukatengold 900 gestempelt

18 kar. Gold 750

14 kar. Gold 585

8kar. Gold 333 gestempelt von 30— an.

Enorme Auswahl stets am Lager.

Bok,

Kirchgasse 70

gegenüber Kaufhausplatz

Wiesbaden.